

JÜRGEN BORCHERT
Sozialstaats-Dämmerung



GOLDMANN

Lesen erleben

Buch

Jürgen Borchert ist ein unabhängiger Geist, der sich von keinem politischen Lager vereinnahmen lässt. Das beweist er auch mit seinem Manifest, in dem er die Gerechtigkeitsdebatte zuspitzt: So geißelt er die Idee vom Grundeinkommen als Aufkündigung des gesellschaftlichen Konsenses, dass jeder Bürger Verantwortung zu übernehmen hat. Mit zahlreichen Fakten tritt er der Meinung entgegen, es würde in unserem Land genug für die Familien getan. Im Gegenteil – Borchert weist einen massiven Transfer von Familien zu Kinderlosen, von Jung zu Alt, von Sozialversicherten zu Beitragsfreien, von den produzierenden Branchen in die Finanzwirtschaft nach. Seine Lösungen entsprechen den Forderungen des Bundesverfassungsgerichts, die bisher nicht einmal im Ansatz umgesetzt sind: massive Umschichtung der Steuern von der ungerechten Mehrwertsteuer auf die Einkommensbesteuerung, Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze und Investition in Bildung, Bildung, Bildung.

Autor

Dr. Jürgen Borchert, geboren 1949, ist einer der profiliertesten Sozialexperten des Landes und Vorsitzender Richter am Hessischen Landessozialgericht, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats bei Attac und Politikberater quer durch das Parteienspektrum sowie bei Kirchen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden. Er ist Träger des Regine-Hildebrandt-Preises für Solidarität (2011, zusammen mit Pfr. Christian Führer/Leipzig) und staatlich geprüfter Landwirt (1998).

Jürgen Borchert

Sozialstaats-
Dämmerung

GOLDMANN

 Dieses Buch ist auch als E-Book erhältlich.



Verlagsgruppe Random House FSC® N001967
Das FSC®-zertifizierte Papier *Holmen Book Cream* für dieses Buch
liefert Holmen Paper, Hallstavik, Schweden.

1. Auflage

Taschenbuchausgabe Dezember 2014
Wilhelm Goldmann Verlag, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH
Copyright © der Originalausgabe 2013
by Riemann Verlag, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH
Lektorat: Ralf Lay

Umschlaggestaltung: UNO Werbeagentur, München,
in Anlehnung an die Gestaltung der Originalausgabe
(Stephan Heering, Berlin)

Umschlagmotiv: © Werner Schnell/Getty Images
DF · Herstellung: Str.

Satz: EDV-Fotosatz Huber/Verlagsservice G. Pfeifer, Germering
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany
ISBN: 978-3-442-15844-7
www.goldmann-verlag.de

Besuchen Sie den Goldmann Verlag im Netz



*Dem Andenken meines Freundes Hermann Scheer
(*29. April 1944 – † 14. Oktober 2010) gewidmet,
der wenige Tage vor dem Start der Arbeit an dem
gemeinsamen Projekt BürgerFAIRsicherung verstarb.*

Inhalt

Vorwort zur Taschenbuchausgabe 2014.	11
--	----

Piketty bleibt auf halbem Weg stehen! 12 – Wissenschaftlicher Müll: die »Gesamtevaluation« 14 – Auf welcher Seite stehen eigentlich die Kirchen? 15 – »Orientierungshilfe« der EKD zur Familienpolitik: ein Verirrungsleitfaden! 18 – Die beiden großen Kirchen: Von allen guten Geistern verlassen? 20 – Wirtschaftserfolge durch Raubbau? 21 – Entkoppelung von Freiheit und Verantwortung im Rentenrecht 22 – Papst Franziskus und die deutschen Kirchen: riesige Kluft! 25 – TTIP – oder Gullivers Albtraum 26

Vorwort.	33
------------------	----

Einleitung.	37
---------------------	----

Kapitel 1: Wie Juristen Flüsse bergauf fließen lassen – Zur Semantik in der Sozial- und Familienpolitik und ihre Folgen für das Recht	51
--	----

Soziale Zerstörung durch Sprache 52 – Der semantische »Versicherungsbetrug« 53 – »Meine Beiträge, meine Rente!« 55 – Der »Generationenvertrag« als Kuckucksnest 57 – »Wer Schweine erzieht, ist ein produktives Mitglied der Gesellschaft« 61 – Irrtum als Grundrecht? 65 – Das neue Grundrecht der Eltern auf »intragenerationelle Gleichbehandlung« 67 – Die semantische Verkehrung der Schlüsselbegriffe in der Sozialstaatsdebatte 68 – Die semantischen Igel sind des Sozialstaatshasen Tod 70

Kapitel 2: Die Front liegt nicht am Hindukusch –
Wie Bildungsarmut produziert und Zukunftsfähigkeit
vernichtet wird 72

*Unglaublich, aber wahr: Die doppelte Kinderarmut 73 –
Kinderarmut gleich Bildungsarmut 75 – Deutschland am
internationalen Pranger 77 – Große Koalition gegen kleine
Kinder 79 – Über Worte und Taten 80 – Kapital- oder Kin-
derinteressen? 81 – Familienpolitik gegen die Eltern? 84 –
Übergewichtig, asthmatisch, verkalkt und depressiv: Unsere
Zukunft? 87 – Doppelte Kinderarmut, Alterung und Sozial-
staat 89*

Kapitel 3: Die Spiegel-Ente vom »200-Milliarden-Irrtum«
oder Wie der Staat den Familien die Sau vom Hof klaut
und drei Koteletts zurückbringt. 96

*Wer beglückt wen bei den teuren Hinterbliebenenrenten? 99 –
Kindergeld: Kein Geschenk, sondern Rückgabe von Diebesgut!
102 – »Beitragsfreie« Mitversicherung? Der 21,7-Milliarden-
Euro-Irrtum 104 – Ehegattensplitting: Mickriger Effekt 107 –
Beiträge für Kindererziehungszeiten: Auf Hütchenspiel herein-
gefallen! 109 – Familienlastenausgleich: Frankreich Cham-
pions League, Deutschland Kreisklasse 112 – Sau vom Hof,
drei Koteletts zurück 114*

Kapitel 4: »Primitiv und brutal«: Ungerechter geht
nicht – Das kleine Einmaleins der staatlichen
Umverteilung 118

*Struktur der Staatseinnahmen 120 – Gerecht und ungerecht:
Direkte und indirekte Steuern 122 – Staatstragend sind die
»kleinen Leute« 126 – Wie Solidarität ausgerechnet durch
Solidarsysteme verhindert wird 127 – Der ganz normale
Wahnsinn: Abgabenquoten bei Normalverdienern über
50 Prozent 131 – Kein Rätsel mehr: Die Ursachen der doppel-
ten Kinderarmut 134 – Ungerechtigkeit auf die Spitze getrie-
ben: Staatsfinanzierung durch Schulden 138 – Fehlende Be-*

steuerung von Riesenvermögen sozialstaatswidrig 140 – Superreiche im toten Winkel auf der Überholspur 143 – Reichtum ist wie Mist ... 146

Kapitel 5: Die Zechprellerkultur der Eliten oder War die Französische Revolution eine Neiddebatte? 148

Das 800-Milliarden-Euro-Karussell 149 – 10 Prozent der Einkommensteuerzahler ... 150 – Dreistes »scheues Reh«: Von der Plutokratie zur Latrimonarchie 152 – War die Französische Revolution eine Neiddebatte? 155

Kapitel 6: Vom Unsinn der Debatte über die Kosten des Sozialstaats – und was sich dahinter verbirgt 158

Warum bekam Klaus Förster eigentlich keinen Orden? 159 – Staatsverachtung: Ehrenwort über Gesetz 160 – Der Sozialstaat als Schwungrad auf der Achse von Freiheit und Verantwortung 162 – Wissenschaftlich erwiesen: Ungleichheit schadet der Wirtschaft 167 – »Win-win« im Kaiserreich 168 – Was »kostet« der Sozialstaat? 170

Kapitel 7: Gesetze wie Kuckuckseier:
Nicht nur der Sozialstaat wird verhökert 173

Die Agenda 2010: Ein Plagiat des Lambsdorff-Papiers 174 – Angriff auf die Republik 176 – Das Outsourcing der Gesetzgebung 179 – Noch ganz sauber? Dienstliches und Außerdienstliches im Zwielficht 182 – Wer und was steckt hinter der »Riester-Reform«? 183 – Warum nur schwieg die »vierte Gewalt«? 186

Kapitel 8: »Zehn Jahre Agenda 2010« –
Wieso feiert die SPD ein verfassungswidriges Gesetz? .. 188

Warum Hartz IV infam ist 188 – »Fördern und Fordern« macht Opfer zu Tätern 190 – Statt Krieg gegen die Arbeitslosigkeit der Krieg gegen Arbeitslose 191 – Auf dem Weg zu-

*rück in die Dienstbotengesellschaft? 193 – Altersarmut rettet
Rentenversicherung 195*

Kapitel 9: Eine bessere Welt ist möglich! Ja, aber nicht
mit dem bedingungslosen Grundeinkommen! 197

*Das BGE als feudalistisches Projekt 198 – Der blinde Fleck:
Europäisches Sozialrecht 201 – Die einen gleicher, die anderen
dafür unfreier? 203 – Wo bleibt die Verantwortung füreinan-
der? 205*

Kapitel 10: Kurs Morgenröte: Der Fixstern
»Verantwortung« und das Modell der
BürgerFAIRsicherung 207

*Der alte Sozialstaat hat ausgedient 209 – Grundzüge der
Reform: Die BürgerFAIRsicherung 213 – Wirkungen der
BürgerFAIRsicherung 216 – Soziale Großfamilie 219*

Vorwort zur Taschenbuchausgabe 2014

Dies ist die Zeit
und keiner weiß ihr Rat,
den eignen Bürger
untergräbt der Staat!

Gottfried Benn

Seit dem Erscheinen dieses Buches im August 2013 ist viel passiert. Nichts jedoch, was seine Aussagen infrage stellen würde. Im Gegenteil. Furore machte jüngst das Buch von Thomas Piketty, »Capital in the Twenty-First Century« (Kapital im 21. Jahrhundert), mit der zentralen These, dass in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung Vermögen stets stärker als Löhne wachsen ($r > g$). Seine historische, statistisch-empirische Arbeitsweise entspricht der in diesem Buch bereits vorgestellten von Trygve Haavelmø ebenso wie derjenigen von Thorsten Person/Guido Tabellini. Auch Pikettys These, dass unregulierter Kapitalismus unweigerlich zu steigender Vermögenskonzentration und starke Vermögenskonzentration wiederum zu einer stagnierenden Wirtschaft und zur Bedrohung der Demokratie führt, ist so neu nicht, sondern war das Gründungswissen der Bundesrepublik Deutschland, wie die Lektüre der *Sozialstaats-Dämmerung* beweist (siehe Kapitel 6). Deshalb lohnt es ja auch beson-

ders, diesen Fragen und den Mechanismen dieser Entwicklung bis ins Detail nachzuspüren und dabei die Fakten zu lernen, dass und weshalb die Vermögenskonzentration hierzulande zumindest in Europa beispiellos geworden ist.

Piketty bleibt auf halbem Weg stehen!

Auch dass Piketty nur radikale Maßnahmen noch als rettend ansieht und eine Vermögensteuer ab einem Vermögen von 200.000 Euro mit einem Prozent jährlich fordert, ansteigend bis zu 10 Prozent bei Milliardenvermögen, sowie zweitens eine Einkommensteuer von bis zu 80 Prozent für Spitzenverdiener, entspricht den Therapievorschlügen in der *Sozialstaats-Dämmerung* für die kranke Verteilungsordnung ebenfalls; dort findet sich sogar der Nachweis, dass der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer hierzulande von 1948 bis 1953 bei 95 Prozent lag (*Sozialstaats-Dämmerung* – Kapitel 4 und 6). Pikettys Maßnahmen reichen aber längst nicht aus. Die ungleiche Vermögensentwicklung hat ihre Ursache nämlich keineswegs nur in der stattgehabten Senkung der Spitzensteuersätze, der Flat-Tax für Kapitalerträge und der fehlenden Vermögenssteuer, sondern auch in der Steuerflucht der Konzerne, dem Steuerwettbewerb sogar innerhalb der EU, der zahmen Erbschaftssteuer und vor allem dem Übermaß an Verbrauchssteuern auf die allgemeine Lebenshaltung wie zum Beispiel die Mehrwertsteuer und die Energiesteuern; sie belasten »regressiv«, das heißt kleine Einkommen werden relativ härter belastet als hohe. Noch schlimmer ist es sogar bei der Sozialversicherung, deren Umverteilungswirkung von unten nach oben die der

Verbrauchssteuern sogar noch übertrifft (dazu *Sozialstaats-Dämmerung* – Kapitel 4). Einen Sozialstaat erkennt man nicht daran, wie er vermeintliche Geschenke, sondern wie er die Lasten und Verantwortung verteilt – und da sieht es in Deutschland zappenduster aus. Dass sich aus der wissenschaftlichen Community der Ökonomen prompt zahlreiche Gegner Pikettys meldeten, denen die Verteilungsfrage bisher nicht unter den Nägel brannte, war nicht anders zu erwarten. Tatsache ist indes, dass auch die EZB seine Thesen stützt.¹ Dass Thomas Piketty zudem ausgerechnet vom Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble Rückendeckung bekommt (»Thomas Piketty hat recht«)², macht Hoffnung, dass der neue Schub für die Gleichheitsfrage nachhaltig ist. Dies umso mehr, als auch ein anderer Bestseller auf der Grundlage stringenter Theorien und umfassender Recherchen zu vergleichbaren Ergebnissen kommt³ und auch Papst Franziskus sich ähnlich äußert (dazu noch unten)⁴.

¹ Philip Vermeulen, »How fat is the top tail of the wealth distribution?«, <http://piketty.pse.ens.fr/files/Vermeulen2014.pdf>

² *Süddeutsche Zeitung*, 25. Juli 2014, S. 19

³ So die Wirtschaftswissenschaftler Daron Acemoglu/MIT und James A. Robinson/Harvard 2012 (dt. Ausgabe 2013) mit ihrem ebenfalls epochalen Werk *Warum Nationen scheitern* (Why Nations Fail), in dem sie aus der Analyse einer fast 10.000 Jahre umfassenden Politik- und Wirtschaftsgeschichte die Ausprägung »inklusive« und »extraktive« Institutionen nachweisen und den Schluss ziehen: »Länder wie Großbritannien und die Vereinigten Staaten sind reich geworden, weil ihre Bürger die Machteliten stürzten und eine Gesellschaft schufen, in der die politischen Rechte viel breiter verteilt sind, in der die Regierung den Bürgern Rechenschaft schuldet und auf ihre Wünsche reagiert und in der die große Mehrheit des Volkes ihre wirtschaftlichen Chancen nutzen kann.«

⁴ dazu Norbert Höfler »Willkommen im 18. Jahrhundert«, STERN 4/14 v. 30.4.2014

Wissenschaftlicher Müll: die »Gesamtevaluation«

Furore machte auch die »Gesamtevaluation familienpolitischer Leistungen«, die einer der Anlässe für meinen Zorn war, dem die *Sozialstaats-Dämmerung* entsprang (dazu das Vorwort zur Erstauflage und Kapitel 3). Die Forschungsergebnisse wurden im Sommer 2013 zugänglich und auch ihre Lektüre beweist, dass nichts von meiner harten Kritik zurückzunehmen, sondern diese sogar noch zu verschärfen ist. Inzwischen wurde nämlich bekannt, dass das Forschungsreferat 214 des Bundesfamilienministeriums eine vernichtende Kritik am Design der Studie verfasst hatte, welche im Ministerium im Juni 2006 vorgestellt worden war. Diese Kritik führte nun aber nicht etwa zur Überarbeitung des Konzepts, sondern stattdessen zum kompletten Ausschluss des Forschungsreferats von der weiteren Begleitung der Studie. Jürgen Fuchs, der inzwischen pensionierte Leiter des Referats, hat in Leserbriefen darauf hingewiesen, dass die Bewertungsmaßstäbe der Gesamtevaluation von vornherein politisch mit der Maßgabe vorgegeben wurden, das mütterliche Erwerbspotenzial für den Arbeitsmarkt verfügbar zu machen. Dazu passt, dass sich auch der prominenteste »Chefberater« der Familienpolitik und frühere Protagonist einer Gesamtevaluation, der Mikrosoziologe Hans Bertram von der Humboldt-Universität zu Berlin, aus Gründen wissenschaftlicher Integrität frühzeitig von der Mitarbeit an der Studie verabschiedete. Dass die »Gesamtevaluation«, an der führende Wirtschaftsforschungsinstitute beteiligt waren, auch ökonomisch nicht einmal minimalen wissenschaftlichen Ansprüchen genügt, beweist schlicht die Tatsache, dass keinerlei Auseinandersetzung –

auch und gerade was die Frage der Methodik betrifft – mit den grundlegenden Arbeiten der legendären Transfer-Enquête-Kommission (1978–1981) stattfand, die zu Ergebnissen kam, welche mit der »Gesamtevaluation« völlig inkompatibel sind. Auch hinsichtlich ihrer Aussagen zur Demographie, Geburtenförderung und Bildungserfolgen durch Krippenbetreuung ist die »Gesamtevaluation« unhaltbar, wie ich in öffentlichem Streit detailliert nachgewiesen habe.⁵ Angesichts der exorbitant hohen Kosten von 13 Millionen Euro aus Steuergeldern für solchen wissenschaftlichen Müll ist und bleibt die »Gesamtevaluation« deshalb ein Fall für den Bundesrechnungshof.

Auf welcher Seite stehen eigentlich die Kirchen?

Heiligen Zorn verdienen auch die beiden großen deutschen Kirchen, die in zwei programmatischen Schriften 2013 und 2014 (der sog. »Familiendenschrift« der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und dem gemeinsamen »Sozialwort«) dokumentiert haben, dass ihnen die Mechanismen der Umverteilung von unten nach oben im bundesdeutschen Sozialstaat mit ihren bitterbösen Folgen für die Schwächsten der Schwachen, nämlich die Kinder, offenbar vollkommen unbekannt sind. Wenn die *Sozialstaats-Däm-*

⁵ Jürgen Borchert, »Transferausbeutung oder Wundertüte: Welchen Beitrag leistet die Gesamtevaluation zur Familienpolitik?« in: Fachtagung des DPWV »Problemfall Familienförderung – was kommt nach der Gesamtevaluation?«, 23. Oktober 2013, Berlin-Dokumentation, S. 20 ff. http://www.der-paritaetische.de/uploads/tx_pdforder/dokumentation_problefall-familie_web.pdf

merung nicht bereits geschrieben wäre, führte jetzt kein Weg mehr daran vorbei.

Die Rede ist zunächst von der im Juni 2013 abgeschlossenen »Orientierungshilfe« zur Familienpolitik mit dem Titel *Zwischen Autonomie und Angewiesenheit. Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken*. Schon das »stärken« verrät, dass himmelschreiende Ungerechtigkeiten gegenüber Familien hier auf taube Ohren stoßen, obwohl sie längst vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig gebrandmarkt wurden. Denn im sogenannten »Trümmerfrauenurteil« von 1992⁶ und im »Beitragskinderurteil« von 2001⁷ hat das Gericht in aller Klarheit festgestellt, dass die Kinderziehung in den intergenerationell verteilenden Sozialsystemen (= Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung) ein den Geldbeiträgen zur Sozialversicherung gleichwertiger Beitrag und entsprechend tariflich auf der Beitragsseite zu berücksichtigen ist. Kein Wort findet man dazu in der »Orientierungshilfe« (dazu Kapitel 3). Die vom Rat der EKD hinzugezogenen Autoren sind sich der Tatsache offenbar nicht einmal ansatzweise bewusst, dass in den multiplen Familiennöten zuallererst die Kumulation der Verteilungsfehler der »primären« und der »sekundären« Einkommensverteilung zutage tritt: Zirka 90 Prozent der Haushalte hierzulande finden ihre Lebensgrundlage in Löhnen und Gehältern. Diese »Markteinkommen« sind jedoch »individualistisch verengt«, d.h. der Markt fragt nicht danach, wie viele Mäuler vom Einkommen zu stopfen sind, sondern

⁶ BVerfG, Urteil vom 7.7.1992 – Aktenzeichen 1 BvR 873/90, 1 BvR 761/91.

⁷ BVerfG, Urteil vom 3.4.2001 – Aktenzeichen 1 BvR 1629/94.

sieht nur die einzelne Arbeitskraft. Familien sind deshalb in der primären Einkommensverteilung des Marktes systematisch benachteiligt. Der Sozialstaat müsste diesen Fehler nun in der staatlich beeinflussten »sekundären« Einkommensverteilung über das Steuer- und Sozialsystem korrigieren. In Deutschland passiert aber das Gegenteil – vor allem deshalb, weil die Löhne die Lastesel der Sozialverteilung sind; die Beitragslast zur Sozialversicherung knüpft an sie an und differenziert dabei aber nicht zwischen Familien und Kinderlosen (einschließlich der Eltern, deren Kinder auf eigenen Beinen stehen). Genau das hat 2001 das Bundesverfassungsgericht beanstandet. Statt eine Korrektur des »primären« Verteilungsfehlers zu bewirken, wird der Nachteil zulasten der Familien so glatt verdoppelt. Zudem belasten die Sozialbeiträge niedrigere Einkommen härter als hohe und verschonen überdies Abgeordnete, Beamte, Richter sowie viele Selbständige und die verkammerten Berufe. Ungerechter geht es nicht und am härtesten trifft es die Arbeitnehmerfamilien. Sie sacken als Durchschnittsverdiener schon bei zwei Kindern unter das Existenzminimum ab (*Sozialstaatsdämmerung* – Kapitel 4). Diese massiven Ungerechtigkeiten schlagen auf alle Belange des Familienlebens durch und sind beispielweise auch eine kardinale Ursache der Wohnungsnot in Deutschland: Denn die durch die primäre und sekundäre Einkommensverteilung entstehenden Einkommensüberhänge der Personen ohne Unterhaltslasten führen auf dem »nichtelastischen« Wohnungsmarkt zu Steigerungen der Wohnungspreise, bei denen Familien nicht mehr mithalten können; sie werden massenhaft an die Peripherien verdrängt, haben entsprechend hohe Mobilitätskosten und werden dadurch wieder besonders hart von

den Energiesteuern getroffen. Wohlhabende Senioren und Singles sind infolge des beschriebenen Sozialstaatsversagens die Gewinner auf dem Wohnungsmarkt, Familien die chancenlosen Verlierer, Wohnraum ist in Deutschland extrem ungleich verteilt. Das alles ist kein Zuwenig an »Stärken«, sondern ein Zuviel an Ungerechtigkeit: Nämlich schlicht die Folge verfassungswidriger Gesetze und einer Gesetzgebung, die sich um Karlsruher Weisungen einen feuchten Kehrriech schert.

»Orientierungshilfe« der EKD zur Familienpolitik: ein Verirrungsleitfaden!

Fast noch fataler ist die Tatsache, dass die »Orientierungshilfe« die Grundtatsache des »Generationenvertrages« nicht kapiert, dass nämlich jeweils die mittlere, aktive von drei Generationen ausnahmslos alles, was die beiden inaktiven Generationen (= Kinder und Alte) für die Lebenshaltung brauchen, aus ihrem Produktionsertrag und Einkommen abzweigen muss: Anfangen von den Renten, über die Gesundheits- und Pflegeversorgung bis hin zu den Steuerzahlungen der Senioren und ihren privaten Geldleistungen an ihre Kinder und Enkel stammt alles aus dem Volkseinkommen der laufenden Periode – und eben nicht aus ihren früheren Beiträgen. Weil die deutschen Sozialsysteme diese Grundtatsache ebenfalls ignorieren, fallen Familien der »Transferausbeutung« zum Opfer und müssen über ihre Kindererziehung auf Privatkosten die Altersvorsorge für die kinderlosen Jahrgangsteilnehmer der Elterngeneration erbringen. Ökonomen bezeichnen diese Konsequenz als

»Produktion positiver externe Effekte« und genau das hat das Bundesverfassungsgericht in den eben benannten Urteilen für verfassungswidrig erklärt. Wilfrid Schreiber, später Professor für Volkswirtschaftslehre in Köln, hat diese Gefahr schon im berühmten »Schreiberplan« von 1957 glasklar beschrieben. Er gilt als Erfinder unseres modernen deutschen Rentensystems. Mit seinem »Schreiberplan« sollte eigentlich ein komplett neuer Gesellschaftsvertrag begründet und die auf der Kleinfamilie aufbauende bürgerliche Gesellschaft zur sozialen Großfamilie umgebaut werden. Dieses geniale Konzept hat Bundeskanzler Adenauer gründlich vermurkst (*Sozialstaats-Dämmerung* – Kapitel 1). Weil wegen der Beitragsillusion in Deutschland nun jeder meint, er selbst sei es, der sein Alter wirtschaftlich sichere, wurde seit 1957 die Rolle der Kinder als künftige Träger aller sozialen Sicherung zunehmend unsichtbar. Das wiederum erklärt ohne Weiteres die heimisch gewordene Kultur des extremen Individualismus mit ihrem Werteverfall und alle eklatanten strukturellen Rücksichtslosigkeiten gegenüber der Nachwuchsgeneration; sie schlugen überall durch. Deutschland leidet an zunehmender kognitiver Dissonanz und gesellschaftlichem Irresein.⁸ Entsprechend wachsen die Erziehungsprobleme für Eltern.

Nichts davon findet man in der kirchlichen »Orientierungshilfe«. Dass die Autoren Wilfrid Schreibers epochemachendes Werk *Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft* von 1955 nicht gelesen haben, mag man noch verzeihen. Dass aber das »Trümmerfrauenurteil« des Bun-

⁸ Mit Dank an Kerstin Decker: »Der radikale Gärtner« – *Tagesspiegel* v. 3.9.2013; im Einzelnen siehe Kapitel 1

desverfassungsgerichts von 1992 sowie sein richtungsweisendes »Beitragskinderurteil« von 2001 in der »Orientierungshilfe« mit keinem Wort erwähnt werden, macht die »Orientierungshilfe« zum Verirrungsleitfaden. Dem Gesetzgeber auf die Füße zu treten und zu zeigen, dass man über seine Weigerung, Familien Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, im Bilde ist: Das hätte der ganzen Gesellschaft wirksam Orientierung geben können! So aber redet man durch das beredte Schweigen der Denkschrift an diesem entscheidenden Punkt einer Kultur kompletter Verantwortungslosigkeit das Wort. Und nicht nur hier:

Die beiden großen Kirchen: Von allen guten Geistern verlassen?

Verteilungsfragen sind Verfassungsfragen sind Fragen der Werteordnung. Das geht die Kirchen deshalb unmittelbar an, heißt es doch in der Präambel des Grundgesetzes »Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ... hat sich ... das deutsche Volk dieses Grundgesetz gegeben.« Die Grundrechte lassen sich deshalb ohne Weiteres auch als Operationalisierung christlicher Werte im säkularen Staat verstehen. Deshalb muss die Tatsache umso mehr alarmieren, dass nicht nur die evangelische Kirche, sondern die beiden großen Kirchen in Deutschland gemeinsam ihren christlichen Auftrag bei der Verteilungsfrage verleugnen: Die Rede ist vom »Gemeinsamen Sozialwort« der Kirchen mit dem Titel »*Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft. Initiative des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskon-*

ferenz für eine erneuerte Wirtschafts- und Sozialordnung«, veröffentlicht am 28. 2. 2014. Darin bitten der Ratsvorsitzende der EKD, Dr. Schneider, und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Zollitsch, ausdrücklich um die Beteiligung an der Debatte, die sie mit dem Papier anstoßen wollen. Dem diene eigentlich schon die *Sozialstaatsdämmerung*. Aber sich mit den herrschenden Eliten anlegen, das wollte und will man offensichtlich nicht.

Wirtschaftserfolge durch Raubbau?

So findet man auch hier wieder kein Wort zu den Umverteilungsmechanismen durch die Sozialbeiträge und Verbrauchsteuern; zur asozialen Schieflage der Finanzierung der sozialen Verantwortlichkeiten schweigt das »Sozialwort«. Dass diese Finanzierung des Sozialstaats vor allem auf Kosten der Arbeitnehmer – je ärmer desto härter! – die Risiken und Notlagen generiert, vor denen er schützen soll, insbesondere die doppelte Kinderarmut (*Sozialstaats-Dämmerung* – Kapitel 2 und 4) haben die Autoren wohl noch nie gehört! Stattdessen die Anregung, mehr über Chancengerechtigkeit als über Verteilung zu diskutieren – ein Lieblingsthema des Agenda 2010-Kanzlers Gerhard Schröder (dazu *Sozialstaats-Dämmerung* – Kapitel 5). Die Agenda 2010 wird mehrfach als notwendige strukturelle Anpassungsmaßnahme gewürdigt und das »Fordern und Fördern« ethisch untermalt, ohne auf die Demontage der Instrumente zum Schutze des heimischen Arbeitsmarkts durch die Abgabe der Geld-, Zins- und Währungsheheit durch



Jürgen Borchert

Sozialstaats-Dämmerung

Taschenbuch, Broschur, 224 Seiten, 11,8 x 18,7 cm
ISBN: 978-3-442-15844-7

Goldmann

Erscheinungstermin: November 2014

Deutschland - Weltmeister der sozialen Ungerechtigkeit?

Ob Familienlastenausgleich, Kindergeld, beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, Rentenversicherung oder „Fördern und Fordern“ bei Hartz IV – was der Staat als wohlwollende Gaben verpackt, ist nichts als Wortgeklingel, sagt Jürgen Borchert. Der renommierte Sozialexperte zeigt anhand harter Fakten, wie Familien vom Staat übers Ohr gehauen werden, warum Hartz IV infam, das Steuersystem zutiefst ungerecht und das bedingungslose Grundeinkommen unsozial ist. Und ausgerechnet die sogenannten Solidarsysteme bewirken eine Umverteilung von unten nach oben und produzieren Ungerechtigkeit und Not – anstatt davor zu schützen.



[Der Titel im Katalog](#)